

Mitteilungen der DKP Leipzig

April 2013

Zypern-Hilfe - Hilfe für wen?

Was bringt das Euro-Rettungspaket?



Bürgerliche Medien betreiben bekanntlich Klassenpolitik für die Interessen der Bourgeoisie, eingehüllt in den Deckmantel der Meinungs- und Pressefreiheit.

Manchmal kommen auch diese Medien nicht umhin, die wahren Ziele der Kapitalgruppierungen auszusprechen. Allerdings geschieht dies in der Regel nur dann, wenn vorab genügend Polemik betrieben wurde für die Interessen der Bourgeoisie, und die Ausstrahlung erfolgt meistens nicht in der Hauptsendezeit. Ganz nach dem Motto "es wird schon was hängen bleiben beim Bürger".

So verhält es sich auch mit der Anpreisung der durch die Euro-Finanzminister am 16./17.03.2013 vereinbarten Milliardenhilfen für Zypern. Was für ein Gezeter in allen bürgerlichen Medien. Krokodielstränen darüber, dass die Sparer des Inselstaates sich beteiligen sollen an den Kosten der Rettung der Zypern-Banken. Sorgen um die Spargroschen der zyprischen Arbeiter, Angestellten und Rentner durch Europas Regierungen, Spekulanten, Oligarchen und Großinvestoren? Wir Kommunisten haben schon immer diese Märchen der bürgerlichen Propaganda zurückgewiesen.

Uns ist bewußt, dass sich die kapitalistischen Länder aufgrund von Konkurrenz und Anarchie ungleichmäßig entwickeln. Die Einführung des EURO war und ist gerade für Deutschland ein Instrument zur Erringung globaler Vorherrschaft. Die gesetzmäßige sprunghafte und ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Volkswirtschaften wird durch den Kapitalexpert außeror-

dentlich verstärkt. Den einen Ländern wird es möglich, andere Länder zu überholen, sie von den Märkten zu verdrängen, politische Entscheidungen zu erzwingen und, wenn nötig, ungehemmt mit Waffengewalt die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt zu erwirken. Der Kampf um die beschränkt vorhandenen Rohstoffe wirkt dabei wie ein Brandbeschleuniger. Gern werden der Kampf gegen Terrorismus oder ethnische Konflikte als Kriegursache vorgeschoben.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung im hochentwickelten Kapitalismus bewirkt unterschiedliche Interessen der einzelnen Länder auch innerhalb der EU, wie die Beispiele von Großbritannien und Frankreich aus letzter Zeit belegen.

Unerwartet erhielt unsere Auffassung zur Krise im Allgemeinen und zur EURO-Krise im Besonderen am 20.03.2013 um 21:45 h durch die PLUSMINUS-Sendung Bestätigung. Recht offen wurde in dieser Sendung dargelegt, dass die Sorge der Medienmacher in der kritischen Begleitung des "Zypernrettungspaketes 2013" keineswegs den Kleinsparern galt, wie diese uns von früh bis abends vorgaukelten. Nein, wie immer, galt die Sorge den Interessen der Finanzhaie und Spekulanten. In diesem Fall speziell der Erhaltung des Steuerparadieses für selbige. Dies trifft auch für die Macher des "Zypernrettungspaketes 2013" zu, die EU-Finanzminister.

PLUSMINUS beleuchtete die Zypern-Rettungsaktion, welche vorerst vom zyprischen Parlament gestoppt wurde. Gestoppt

nicht etwa aus Sorge der bürgerlichen Parlamentarier um die Spargroschen der Zyprioten, nein, aus Sorge um den Standort Zypern für die kapitalistischen Spekulanten aus aller Welt.

Anschaulich wurde in der Sendung verdeutlicht: Anstatt die internationalen Großanleger und Banken zur Kasse zu beten für die Kostenübernahme der Rettung der zyprischen Banken und des Staates - wie Herr Finanzminister Schäuble großmündig in der Tagesschau erklärte - zahlen tatsächlich wieder die Steuerzahler und Kleinsparer die Zeche. Prof. Lorenz Jarass, Wirtschaftswissenschaftler an der Hochschule RheinMain, führte in der Sendung aus, dass es ein "Skandal" sei, "dass die deutschen Steuerzahler und die zyprischen Sparer das Geld zur Verfügung stellen sollen, damit internationale Kapitalanleger volle Zinsen kassieren können."

Dies ist nicht neu, unsere Meinung zu den "EURO-Rettungsschirmen" bestätigend führte PLUSMINUS aus: "Die wahren Profiteure bleiben im Dunkeln. Das hat gute Tradition bei der Euro-Rettung."

Es werden in der Sendung Beispiele dafür benannt:

1. Den Griechen selbst nutzte das Rettungspaket kaum. Dessen Folgen sind drastische Sparmaßnahmen des Staates im Sozialbereich, die Wirtschaft liegt am Boden und die Arbeitslosigkeit ist unerträglich hoch. Die Rettungspakete für Griechenland kommen vor allem Banken und Kapitalan-

legern zugute. Die von ihnen spekulativ gehorteten griechischen Staatsanleihen werden mit dem Hilfgeld werthaltig gesichert.

2. Die Behauptung, auch die Banken müssten für die Krise zahlen, ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. In Wahrheit trifft selbst der Schuldschnitt in Griechenland die Banken weit weniger, als behauptet. Denn sie haben ihre griechischen Staatsanleihen schon vorher an die Öffentliche Hand verkauft. Prof. Peter Bofinger vom Sachverständigenrat der Bundesregierung bestätigte in der Sendung, dass "die Gläubigerbeteiligung natürlich deutlich geringer" war, "als man von Anfang an gedacht hätte."

3. Die Behauptung, die Europäischen Zentralbank (EZB) rette mit billigem Geld den Euro sowie die Krisenstaaten, ist eine Schutzbehauptung des Kapitals. "In Wahrheit profitieren davon vor allem die Banken. Sie sind es, die fast zinslos das EZB-Geld bekommen und es gegen hohe Zinsen weitergeben."

4. Schließlich stimmt auch die Behauptung nicht, die "Sparprogramme lösen die Eurokrise. In Wahrheit haben Sparprogramme die Krise in Ländern, wie Spanien, noch verschlimmert." Prof. Lorenz Jarass verdeutlichte in der Sendung, dass alle EURO-Ret-

tungsprogramme und die damit verbundenen Auflagen die Realwirtschaft massiv belasteten. "Der Arbeitnehmer bezahlt mit Lohnkürzungen, mit Rentenkürzungen und mit Kürzungen der Sozialleistungen die Forderungen des internationalen Kapitalmarktes. Ausgelöst haben die Krise die Banken. Bezahlen für die Krise muss die spanische Bevölkerung. Betroffen sind vor allem junge Menschen. Die Hälfte von ihnen ist arbeitslos. ..."

Zusammenfassend wird in der Sendung verkündet: "Eigentlich müsste sich die EU nur auf die eigenen Regeln für die geplante Bankenunion besinnen. Denn die besagten: Eine Bank retten sollen erst Aktionäre, dann Gläubiger wie Anleihebesitzer. Nur im Notfall Sparer und Steuerzahler. Dann wäre für die Dauer-Profitere der EURO-Rettung die Vorstellung endlich einmal zu Ende."

Unsere Alternative:

Bei dem hohen Grad der Vergesellschaftung in der Produktion in Verbindung mit der Globalisierung der Wirtschaft im Kapitalismus ist die Verstaatlichung des Bankensektors sowie Verbot von Finanzspekulationen eine notwendige und richtige Konsequenz.

(zu PLUSMINUS - Sendung auf ARD vom 20.03.2013, 21:45 h)

Diplomwirtschafter
Klaus-Dieter Lange

Die nächste **Mitgliederversammlung** der DKP Gruppe Leipzig findet am Montag, den **27. Mai 2013, 16.00 Uhr**, im Karl Liebknecht-Haus in der Braustraße 15 statt.

Sie erreichen uns unter: dkp-leipzig@gmx.de

**LEIPZIGS
NEUE**

Redaktion "Leipzigs Neue"
Braustraße 15
04107 Leipzig
Tel./Fax: 0341 2132345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
<http://www.leipzigs-neue.de>

2 Euro/ABO 1,80

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

Weltwirtschaftskrise im fünften Jahr

Im November 2009 hatte sich das Marxistische Forum Sachsen bereits gründlich mit der Weltwirtschaftskrise beschäftigt. Drei Jahre später, am 24. November 2012, fand am gleichen Ort, dem Liebknecht-Haus in Leipzig, eine Fortsetzung der Diskussion zum Thema statt: "Charakter der aktuellen Weltwirtschaftskrise".

Weltwirtschaftskrise im fünften Jahr. Kapitalismus am Ende?, Marxistisches Forum, Heft 66, GNN Verlag, Leipzig April 2013, 45 Seiten, 4 Euro. ISBN 978-3-89819-395-5

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
Woche für Woche
antikapitalistisch



**Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name _____

Vorname _____

Straße / Haus-Nr. _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail-Adresse _____

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de